



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 7 (S. 43.) Weiterentwicklung der Zuschusshöhe beim Jobticket (SPD,GRÜNE, KULT)

Antrag Nr. 8 (S. 43) Rücknahme des Einfrierens des Zuschusses zu den KVV-Firmenjahreskarten für städtische Beschäftigte und Weiterführung des geplanten Ausbaus der Karte (Die Linke)

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Die Zuschüsse für das Jobticket wurden durch die Sparmaßnahmen auf 26 Euro pro Monat eingefroren, obwohl zwei weitere Stufen vorgesehen waren. Dies hat zu Unmut unter dem Personal geführt. Die Stadt Karlsruhe muss stattdessen Anreize schaffen, um im Wettbewerb um Arbeitskräfte mithalten zu können. Karlsruhe bewegt sich hier, also bezüglich des Jobtickets, im interkommunalen Vergleich im unteren Drittel. Deshalb setzen sich die GRÜNEN für die Rücknahme der Sparmaßnahme an diesem Punkt ein.

(Stadtrat Pfalzgraf setzt zum Sprechen an)

Der Vorsitzende: Es ist ein gemeinsamer Antrag, und die Antragsteller haben jetzt einmal geredet, und dann beginnt jetzt die neue Reihenfolge. Die Antragsteller müssen untereinander klären, wer für sie spricht und der Erste, der sich meldet, von dem gehen wir dann davon aus, dass es der geklärte Sprecher ist. Ich habe auch Ihre Wortmeldung nicht gesehen.

Stadtrat Maier (CDU): Nicht jeder Antrag, der vom politischen Gegner kommt, ist per se schlecht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Karlsruhe sind das höchste Gut unserer Stadt. Deshalb begrüßen wir die vorgeschlagene Aufhebung des Einfrierens des Zuschusses. Vor dem Hintergrund der Steuerfreiheit ist es also ein doppelter Benefit, und wir stimmen dem Antrag zu.

Der Vorsitzende: Noch mal, wenn es Anträge von mehreren Fraktionen gibt, sollten die Fraktionen untereinander klären, wer für die Antragsteller spricht, und danach arbeiten wir es ganz üblich nach der Größe ab. Insofern hat Frau Anlauf nach meiner Wahrnehmung

für die Antragsteller gesprochen, und danach geht es der Reihenfolge nach weiter, und da war der Herr Stadtrat Maier einfach der Erste.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Okay, Missverständnis geklärt, man lernt ja nie aus. Wir sind natürlich auch für diesen Antrag, wir haben ihn auch gestellt. Wir halten dieses Einfrieren für keine gute Entscheidung, das hat, wie schon angesprochen, nicht nur für Unmut und Ärger gesorgt, es trägt natürlich auch nicht zur Motivation der städtischen Mitarbeiter bei. Eines muss man auch noch ganz deutlich sagen, die Stadt Karlsruhe müsste selbst größtes Interesse an diesem Jobticket haben. Es trägt schließlich auch zur Verkehrsentslastung bei, zum Klimaschutz, und es trägt dazu bei, dass die Luftbelastung nicht allzu stark wird. Sie verweisen jetzt in Ihrer Stellungnahme auf Ihre Arbeitsgruppe, die eine Lösung finden soll. Wir sind der Meinung, dass wenn die Arbeitsgruppe irgendwann eine bessere Lösung findet als das was in unserem Antrag steht, soll es gut sein, aber bis dahin wollen wir die Abstimmung. Ich kündige an, dass wir zu einem späteren Antrag noch mal über ein Gesamtkonzept diskutieren wollen, und da wird das Jobticket auch noch mal Inhalt sein.

Stadtrat Lancier (KULT): Auch wir sind als Mit Antragsteller selbstverständlich für diesen Antrag. Der Hintergrund dazu hat allerdings noch einen weiteren Aspekt, denn nicht nur die Stadt soll ein attraktiver Arbeitgeber werden, wie es auch in der Antwort der Verwaltung heißt, sondern zudem hat die Stadt durchaus eine Vorbildfunktion. Das heißt, wenn die Stadt eine solche Leistung anbietet, mag das den einen oder anderen Arbeitgeber hier in Karlsruhe auch dazu anregen, diese Anregung aufzunehmen und seinerseits die Verwendung von Jobtickets als Benefit etwas stärker zu verbreiten.

Alle Vorteile, die dann ein höheres Aufkommen und Verwenden des öffentlichen Nahverkehrs mit sich bringen, hat der Kollege auch schon genannt. Diese Vorteile genießen wir in der Stadt ebenfalls. Es ist auch eine grundsätzliche Idee, dass wir den attraktiven Arbeitgeber brauchen, weil wir eine ganze Reihe von Anträgen jetzt in Folge haben, bei denen es darum geht, dass die Verwaltung eine ausreichende Personalstärke hat und hält. Wir haben momentan, wie wir alle wissen, ein erhebliches Defizit an Stellen in der Stadt, nicht weil die nicht existieren, sondern weil die nicht besetzt sind, was zur Folge hat, dass die Arbeitnehmer, die wir haben, an einigen Stellen überlastet sind und dadurch die Arbeitsstellen ebenfalls unattraktiv werden. Wer keine Kollegen und viel zu viel Zeug auf dem Schreibtisch hat, der sucht sich gegebenenfalls eine weniger stressige andere Stelle. Dieser Entwicklung müssen wir endlich begegnen und müssen dafür sorgen, dass in den Verwaltungen die erkannten Bedürfnisse was Stellen betrifft, auch tatsächlich umgesetzt werden. Das ist auf dem momentanen Arbeitsmarkt nur durch eine entsprechend hohe Attraktivität zu erreichen. Das ist ein Ausblick auf die folgenden entsprechenden Anträge.

Der Vorsitzende: Ich hätte ja die beiden Anträge Nr. 7 und Nr. 8 aufgerufen, jetzt hat sich der Antragsteller des Antrags Nr. 8 gemeldet, insofern nehme ich den jetzt in der Reihenfolge dran.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Da der Antrag der Linken der gleiche Antrag ist wie der von SPD, GRÜNE und KULT, schlagen wir vor, dass wir einmal für den gemeinsamen Antrag abstimmen. Die Argumente Motivation und Fachkräftemangel, aber auch das Auto zuhause zu lassen, um die Bahn zu nutzen, sind schon genannt worden, das sind auch unsere Argumente.

Stadtrat Hock (FDP): Diesem Antrag kann man, wenn man weiß, wie schwierig es im Moment ist, auf dem Fachkräftemarkt gute Leute zu bekommen, nur zustimmen und Ja sagen. Diesen Weg kann man gerne mitgehen. Es wurden hier schon die Argumente auf den Tisch gelegt, wieso man das tun sollte, und meine Fraktion sieht das genauso. Im selben Zuge gibt es auch für uns, die Fraktionen und ihre Mitarbeiter, die Frage nach den Jobtickets, das sollte man nicht ganz außer Acht lassen.

Der Vorsitzende: Die Antragsteller des Antrages Nr. 8 sind dem Antrag Nr. 7 beigetreten, von daher stelle ich nur noch den interfraktionellen Antrag, dem auch Die Linken beigetreten sind, hier zur Abstimmung und bitte jetzt um Ihr Votum. - Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben, dass ich nicht gegen die Steigerung dieses Jobtickets bin, aber Sie kennen das, ein Oberbürgermeister vertritt immer die Position der Verwaltung, und wenn wir nicht selbst auf die schlaue Idee gekommen sind, muss ich gegen jede Erhöhung sein, insofern mag das zur Erklärung jetzt ausreichen. Das ist eine übergroße Mehrheit, das ist ein gutes Zeichen für die attraktive Arbeitgeberin, und liegt auch ganz in dem Sinne der Verwaltung an der Stelle.

Ich möchte noch auf der Seite 40 darauf hinweisen, dass wir in der ersten Veränderungsliste hier für ein Projekt „Personalgewinnung von Berufserfahrenen“ und vor allem noch für eine zusätzliche Stellenschaffung von bis zu zwanzig Stellen zur Umsetzung der neuen Fördermaßnahmen „Teilhabe am Arbeitsmarkt und Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ entsprechende Mittel eingestellt haben. Wir wissen noch nicht so genau, ob es über den Personalhaushalt der Stadt oder über unsere Beschäftigungsbetriebe laufen wird, das werden wir dann noch in den Fachausschüssen mit Ihnen diskutieren. Wir wollen hier nur die entsprechenden Mittel einstellen, um diese neuen Förderinstrumente des Bundes, die ab dem 01.01.2019 gelten sollen, auch ein Stück weit in Anspruch nehmen zu können. Das ist über die erste Veränderungsliste eingebracht, und da möchte ich Sie einfach darauf hinweisen.

(...)